

Geschäftszahlen:

BMAW: 2022-0.542.645

BMF: 2022-0.542.861

BMK: 2022-0.538.085

**26a/22**

Zur Veröffentlichung bestimmt

## Vortrag an den Ministerrat

### **Energiekostenbremse: Unterstützung der Bundesregierung angesichts der hohen Energiepreise**

Die Bevölkerung in Österreich ist aktuell mit den höchsten Inflationsraten seit rund 50 Jahren konfrontiert. Insbesondere die hohen Energiepreise tragen dazu bei, dass die Unsicherheit über die Leistbarkeit von Grundbedürfnissen zunimmt. Die bereits gesetzten Maßnahmen der Bundesregierung in Form von drei Entlastungspaketen haben dazu beigetragen, dass es bereits zu wesentlichen Entlastungen bei Haushalten und Unternehmen gekommen ist. Hierzu gehört das Aussetzen der Ökostrompauschale und des Ökostromförderbeitrages, die Senkung der Elektrizitätsabgabe aber auch der Energiekostenausgleich in der Höhe von 150 €.

Darüber hinaus werden im Herbst zusätzliche Maßnahmen wirksam, etwa der Anti-Teuerungsbonus in der Höhe von 250 € pro Erwachsenen, der mit dem ebenfalls erhöhten Klimabonus von 250 € ausbezahlt wird, welche die Bevölkerung weiterhin finanziell entlasten sollen. Laut Verbraucherpreisindex der Statistik Austria entsprechen die Strompreise im Juni 2022 auch durch die von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen in etwa dem Vorjahresniveau. Nichtsdestotrotz ist in den kommenden Monaten voraussichtlich mit einer weiteren Aufwärtsdynamik bei den Konsumentenpreisen zu rechnen, weshalb die Bundesregierung, unter Einbeziehung der Expertise von Wirtschaftsforscher:innen, Energieexpert:innen und Vertreter:innen der Energiewirtschaft, bereits intensiv an der Möglichkeit weiterer Abfederungsmaßnahmen arbeitet.

Die Bundesregierung setzt sich in diesem Zusammenhang insbesondere auch dafür ein, eine gemeinsame Europäische Lösung zum Umgang mit den hohen Energiepreisen zu finden. Wiewohl die gemeinsame Herangehensweise bei Sanktionen als auch auf den europäischen Energiemärkten für gesamteuropäische Lösungen sprechen, wird zusätzlich

auch mit Hochdruck an nationalen Alternativen gearbeitet, um auf Krisensituationen vorbereitet zu sein. Zusammen mit der Sicherstellung eines ausreichenden Energieangebots sowie einem Konzept zur Steigerung der Energieeffizienz soll ein Plan zur Umsetzung einer Energiekostenbremse für ganz Österreich ausgearbeitet werden.

Vor diesem Hintergrund erarbeiten das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie gemeinsam mit dem Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft und unter Einbeziehung des Bundesministeriums für Finanzen - Varianten zur Unterstützung der österreichischen Bevölkerung, um eine leistbare Energieversorgung eines gewissen Grundbedarfs sicherzustellen. Dabei soll u.a. ein nationales Modell zur Energierechnungsunterstützung (in einem ersten Schritt für Strom, wenn möglich, in der Folge auch für andere Energieträger) für ein Kontingent an Energie näher geprüft werden. Dessen Ziel ist eine möglichst unbürokratische Sicherstellung dieses Kontingents pro Haushalt zu leistbaren Preisen. In diese Überlegungen soll die soziale Treffsicherheit miteinfließen und ein Augenmerk auf besonders von Energiearmut betroffene Personen gelegt werden.

In enger Abstimmung mit Wirtschaftsforscher:innen, Energieversorgern und -expert:innen, den Bundesländern und Sozialpartnern sollen die jeweiligen Vor- und Nachteile unterschiedlicher Lösungen analysiert und auf ihre praktischen Umsetzungsmöglichkeiten bewertet und letztlich ein bundesweites Modell vorgestellt werden. Damit soll einerseits ein inflationssteigernder Effekt vermieden werden und andererseits Einsparanreize weiterhin aufrecht bleiben. Ein detaillierter Vorschlag zunächst für die Stromkostenbremse soll bis Ende des Sommers final ausgearbeitet werden, um eine zeitnahe Umsetzung sicherzustellen. Die Ausweitung auf andere Energieträger wird geprüft und das Ergebnis ebenfalls zeitnah vorgelegt werden.

Zudem werden etwaige Unterstützungsmaßnahmen für besonders energieintensive Unternehmen geprüft.

Wir stellen daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen.

27. Juli 2022

Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin  
Kocher  
Bundesminister

Dr. Magnus Brunner, LL.M.  
Bundesminister

Leonore Gewessler, BA  
Bundesministerin